

42

Statt bloßer "Modernisierung" des Marktradikalismus

Die "Aufhebung" realsozialistischer Konzepte als
Beitrag zu einer alternativen Gesellschaftspolitik in Europa

Fritz Vilmar

© Schriftenreihe des
Zentrums für europäische Studien, Universität Trier
Trier 1999
ISSN 0948 – 1141

Fritz Vilmar¹

Statt bloßer "Modernisierung" des Marktradikalismus:

Die "Aufhebung" realsozialistischer Konzepte als
Beitrag zu einer alternativen Gesellschaftspolitik in Europa

Vortrag am Mittwoch, den 11. Februar 1998
14.00 Uhr im Gästeraum der Mensa, Universität Trier

Ich nehme gerne die Herausforderung an, hier zu der Frage zu sprechen, ob wir nicht doch noch etwas anderes als den Marktradikalismus wahrnehmen müßten und sollten, insbesondere im Blick auf die Zukunft unserer Gesellschaft. Ich möchte hier mit Ihnen vier Punkte behandeln.

Ich möchte *erstens* von dem ausgehen, was ich die Sistierung der Gesellschaft und der Gesellschaftstheorie im Status quo nennen will. Gesellschaft wird nicht mehr als etwas verstanden, das sich entwickelt, sondern es wird ein unveränderlicher neoliberaler Handlungsrahmen vorgegeben. Das muß man zunächst einmal wahrnehmen, denn das macht es so ungeheuer schwierig, den Blick

¹ Prof. em. Dr. Fritz Vilmar, geboren 1929 in Insterburg, war von 1975 bis 1995 Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Er veröffentlichte u.a.: "Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus" (1965), "Strategien der Demokratisierung" (1973), "Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeitswelt" (1978), "Arbeitswelt. Grundriß einer kritischen Soziologie der Arbeit" (1982), "Handbuch Selbsthilfe" (1988), "Kolonialisierung der DDR. Kritische Analyse der deutschen Vereinigung" (3.Aufl.1996; franz.Übers. 1998).

Fritz Vilmar ist Vorstandsmitglied der International Communal Science Association (ICSA) und seit 1990 Vorsitzender des Arbeitskreises Atomwaffenfreies Europa. Er wirkt mit am Aufbau eines kommunitären Projekts (Ökologische Lebens- und Arbeitsgemeinschaft [ÖkoLeA]) bei Berlin.

nach vorne zu richten. Das Wort von Fukuyama scheint immer noch Gültigkeit zu haben, daß wir am Ende der Geschichte angekommen seien.

Dann *zweitens* geht es um die Dämmerung dieser Art von marktradikalem oder *Market-Democracy*-Selbstbewußtsein: Man kann eine mühsame sozialdemokratische oder sozialliberale Wende ausmachen.

Das *Dritte* ist dann die Notwendigkeit, die sich daraus ergibt, weit über Leute wie *Clinton*, *Blair* und selbst *Jospin* hinaus, Gesellschaftspolitik neu zu denken. Dazu möchte ich heute als Schwerpunkt behandeln, daß Osteuropa, und insbesondere die DDR, nicht nur marode war. Da gibt es gesellschaftliche Erfahrungen, die wir endlich wesentlich ernster nehmen müßten, als es bisher geschehen ist.

Daraus wähle ich *viertens* ein paar Schwerpunkte als Fazit: Was ergibt sich daraus für die Sozialwissenschaft, auch unter europäischem Aspekt?

I.

Die Tendenz zu einer Sistierung der Gesellschaft muß man, wie ich glaube, sehr ernst nehmen, als ein Mehltau, der sich auf alles sozialwissenschaftliche Denken legt. Wir werden das gleich noch an einem Begriff festzumachen versuchen, diese Art, Fukuyama Glauben zu schenken, der doch nur für viele etwas ausspricht. Wir sind nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus, dieses "Gegensystems", dort angekommen, wo wir schon längst hätten sein sollen: an dem höchsten erreichbaren Punkt der Geschichte "Marktwirtschaft plus parlamentarische Demokratie". That's it. *Market democracy* ist der End- und Höhepunkt der modernen Geschichte.

Diese Ideologie ist nicht ganz plötzlich gekommen: Es gab schon seit der neuen Weltwirtschaftskrise (ab Mitte der siebziger Jahre), die keine plötzliche, sondern eine schleichende ist, seit dieser anhaltenden Stagnationskrise durch weltweite Marktsättigung, einen schrittweisen konservativen *Rollback*. In Deutschland eingeleitet mit dem Fall der sozialliberalen Koalition, in Amerika mit der *Reagan*-Ära, mit *Thatcher* in England etc. Das war schon im Kommen. Der Zusammenbruch des Realsozialismus in den späten achtziger Jahren hat es dann in einem tumultuarischen und teilweise katastrophalen Zusammenbruchsprozeß auf den Punkt gebracht.

Was übrig geblieben ist, ist eine Apotheose des kapitalistischen Status quo als "Moderne". Diesen Begriff der Moderne kann man natürlich auch unschuldig verwenden als Adjektiv, als vorläufige

Bezeichnung heutiger Industriegesellschaften². Aber durch Substantivierung wird "Moderne" zum neoliberal festgelegten Status quo. Der Versuch, diese Sistierung von Sozialgeschichte, dieses Anhalten des Gesellschaftlichen auf einen Begriff zu bringen, der nichts sagt. Nichtssagend etwas sagen, unkonkret den kapitalistischen Status quo als Norm hypostasieren: Das ist die Funktion des Wortes Moderne, oder noch schlimmer, Modernisierung.

Denn was da Moderne ist, und was modernisiert wird, klingt bei *Habermas*, *Offe*, *Giddens* und anderen sehr verschieden. Wenn Sie bei der Soziologenzunft landen, kommen Sie zu solchen weißen Schimmeln wie der "Modernisierung moderner Gesellschaften". All das läuft bewußt oder unbewußt darauf hinaus, daß man nicht mehr benennt, was die gegenwärtige Gesellschaft ist als Prozeß oder Spannungsverhältnis. Man könnte ja z.B. sagen: eine kapitalistische Industriegesellschaft mit demokratischer Verfassung, und als Zielbegriff: eine marktwirtschaftliche Gesellschaft auf der Basis einer partizipativen Demokratie. Man kommt wahrscheinlich nicht mit einem Begriff aus, aber es gibt konkrete Begriffe. Statt dessen treffen wir überall auf diesen Moderne- und Modernisierungsbegriff. Das ist für mich ein Inbegriff des Verzichts auf konkrete prozessuale Bestimmung der Gesellschaft, ein Inbegriff des Nicht-mehr-weiter-Denkens und auch des Angsthabens, weiter zu denken.

Das begann schon mit dem Wahlkampf von *Helmut Schmidt*, 1980: "Wir schaffen das moderne Deutschland". Es setzt sich auf der politischen Ebene mit der Behauptung von *Gerhard Schröder* fort: "Für mich gibt es keine rechte und keine linke Wirtschaftspolitik, sondern nur eine moderne". Was ihm dann prompt widerlegt wurde: Er sei gar nicht modern, sondern vormodern.

Ich verharre dabei ein wenig, weil es mit der Zukunftslosigkeit, mit dem Sistieren von Gesellschaft(stheorie) etwas zu tun hat. Wir sind dem in zwei Forschungsseminaren genauer nachgegangen, um zu sehen: Was steckt denn eigentlich dahinter, was denken sich die Leute dabei. Das Interessanteste waren die Funde in sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Texten, bei Leuten, die professionellerweise nach vorne wollen, die Reformen anstoßen wollen, die bessere gesellschaftspolitische Lösungen vorschlagen. Bei denen bedeutet der Modernisierungsbegriff: Verzicht auf Alternativen und statt dessen das, was ist, schön machen, gut machen. Beispielsweise in der Gewerkschaftstheorie: Verzicht auf eine wirtschaftsdemokratische Betriebs- und Unternehmensordnung, statt dessen durch besseres Management, z.B. durch Einführung von

² *Bernd Hamm* hat mir ein Werk über "die Struktur moderner Gesellschaften" verehrt, worüber ich mich sehr freue.

Gruppenarbeit, durch Humanisierungsversuche im Kapitalismus *to make the best of it*.³ Auf praktisch-politischer Ebene bedeutet dies, daß alle Konzepte, die nicht mit dem engen ideologischen Rahmen der market democracy, des Neoliberalismus konform gehen, tabuisiert sind. Politik wird als Wegbereiter für die weitestmögliche Entfaltung des Marktes verstanden

Ich halte mich an dem Punkt einen Moment auf, weil ich glaube: Wenn wir über Alternativen sprechen, dann muß man als Sozialwissenschaftler zunächst diese ungeheuren Lähmungserscheinungen wahrnehmen, unter denen wir seit 25 Jahren leben und leiden. Es liegt ein kollektives Tabu auf Zukunftsdenken, das hindert und das zu durchbrechen ist. Man braucht sich nur die Parteiprogramme vorzunehmen (mit Ausnahme des Berliner SPD-Grundsatzprogramms von 1990, das die Partei aber verdrängt hat), bis hin zu den Grünen, die inzwischen auch hochgradig infiziert sind von diesem Virus: Man betrachte nur den Einfluß *Joschka Fischers*, eines Mannes, der noch nie über große gesellschaftliche Konzeptionen verfügte⁴, sondern nur ein glänzender Rhetor ist, der wesentlich beiträgt zur Tabuisierung der Zukunftsperspektiven, die die Grünen Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre mal gehabt haben. Und da findet man dann plötzlich eine "ökologische" FDP. - Wir bewegen uns in einem Rahmen, der bestenfalls soziale Marktwirtschaft innerhalb parlamentarischer Demokratie, also, amerikanisch ausgedrückt, *market democracy*, beinhaltet.

II.

Wir kommen aber gegenwärtig in eine neue Phase der soziopolitischen Entwicklung, in der es Anzeichen dafür gibt, daß diese Sistierung von Geschichte, von Gesellschaftsentwicklung, Gesellschaftsreform aufgebrochen wird. Es gibt so etwas wie eine vorsichtige sozialdemokratische oder besser: sozialliberale Renaissance in Europa. Selbst in den Vereinigten Staaten ist *Clinton* in diesem Sinne aufgetreten, dann aber von der republikanischen Mehrheit auch schnell wieder zurückgepfiffen worden. Aufgrund seines sehr guten 1997er Staatshaushaltes versucht er es jetzt, durch die Hintertür einige soziale Verbesserungen zu erreichen als jemand, der Sozialpolitik

³ Interessierten steht dazu ein sehr informatives, z.T. wirklich entlarvendes Paper aus dem Forschungsprojekt zur Verfügung: Joachim Gester, *Hauptsache modern? Intentionen und Erklärungswert der Modernisierungstheorien am Beispiel gewerkschaftlicher Leitpublikationen im Zeitraum 1980-96* (27 S.)

⁴ Seine Perspektivlosigkeit offenbarte er schon 1984, als wir ihn zum Konzept des Ökosozialismus befragten: Scherer, K.J./Vilmar, Fritz, *Ökosozialismus? Rot-grüne Bündnispolitik*, Berlin 1986, S. 92-104 ("Ein Gespräch mit Joschka Fischer").

vorantreiben will (was es seit vielen Jahren in den Vereinigten Staaten nicht mehr gegeben hat oder was sogar abgebaut worden ist). Und in Europa haben wir *Blair* und *Jospin*.

Der Wind, der vor einigen Jahren noch ausschließlich in die konservative, in die Richtung der Deregulierung, der Zurücknahme der Sozialstaatlichkeit blies, scheint sich wieder zu wenden. Denn der Konservatismus der vergangenen fünfzehn Jahre hat die westlichen Industriegesellschaften, und vor allem Deutschland, weit zurückgeworfen. Anstelle der Sozialen Marktwirtschaft plus parlamentarischer Demokratie plus Ansätzen gesamtgesellschaftlicher Demokratisierung ist etwas ganz anderes in Erscheinung getreten, das mit dem Begriff "Marktradikalismus" signalisiert wird. Das soll nichts anderes bedeuten als eine Rückkehr zum "Kapitalismus pur".

In dem Ostberliner Kabarett "Die Distel" wurde der hintersinnige Satz geprägt: "Der Sozialismus scheiterte, weil er keiner war; der Kapitalismus wird vielleicht scheitern, weil er jetzt wirklich einer ist." Es lohnt sich, diesen Satz sich auf der Zunge zergehen zu lassen. Dieser "Marktradikalismus" hat etwas zu tun mit dem Wegfall des *Counter-Systems*. Das Kapital glaubt seit Jahren, nach dem Zusammenbruch des weltpolitischen Konkurrenten, sich alles an Sozialabbau erlauben zu können. Und die Folgen sind dementsprechend. Allerdings muß man vorwegschicken, daß diese nicht allein aufgrund des Hochmütig-Werdens der großen Kapitalherren und Kapitalgesellschaften eingetreten sind. Der Sozialabbau basiert natürlich auf einer ungeheuren Verschärfung der weltweiten Konkurrenz seit Mitte der siebziger Jahre: seit jener anhaltenden Stagnationskrise, in der die Produktivitätsraten größer geworden sind als die Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes. Da die Produktivitätsrate bei drei bis vier Prozent liegt, die ökonomische Wachstumsrate aber in den wichtigsten europäischen Ländern nur bei ein bis drei Prozent, muß - falls man nicht die Arbeitszeit verkürzt⁵ - Massenarbeitslosigkeit entstehen und immer größer werden. Diese Wirtschaftsstagnation und zunehmende Arbeitslosigkeit hat nicht nur den "deutschen Herbst" ausgelöst, sondern einen kapitalistisch-industriegesellschaftlichen Herbst und die folgende konservative Wende.

Sie dürfen nicht vergessen, daß wir von 1950-75 immerhin ein Vierteljahrhundert Wachstum, zunehmende Vollbeschäftigung, spielend erreichte Wohlstandssteigerung gehabt haben. Das war plötzlich zuende, und von daher resultieren viele Erscheinungen, die ich gleich nennen will. Schon *Karl Marx* hat gesagt, der Kapitalismus regiere am besten mit einer industriellen Reservearmee, d.h.

⁵ Es ist eine Grotteske, wenn ein Sozialdemokrat (der sogar einmal ein Linker war) wie *Gerhard Schröder*, jetzt sogar wieder die Wachstumsfanfare bläst und Arbeitsmarktpolitik, Arbeitszeitverkürzung aus dem Regierungsprogramm der SPD verbannen will. In einer Zeit, in der jeder nicht völlig mit Blindheit geschlagene Ökonom weiß, daß selbst bei den größten Anstrengungen die Wachstumsraten nicht ausreichen, um die Massenarbeitslosigkeit wesentlich zu vermindern.

in einer Situation, in der hinter jedem Arbeitenden auch ein Arbeitsloser steht, der den Arbeitenden ersetzen kann und die Existenz des Arbeitenden bedroht, so daß dieser mehr und mehr bereit ist, die Bedingungen zu akzeptieren, die vom Kapital diktiert werden. Daß noch nicht alle Sozialleistungen, noch nicht alle Tarife zerschlagen worden sind, ist wesentlich ein Verdienst der Gewerkschaft, - aber auch die Gewerkschaften sind in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren enorm geschwächt worden.

Ich nenne nun die wesentlichen Elemente des Marktradikalismus, die aber auch zum zunehmenden Legitimitätsverlust der konservativen Herrschaft geführt haben. *Erstens* eine Explosion der Gewinne: Zwischen 1980 und 1995 sind die Gewinne nach sehr genauen Studien des gewerkschaftlichen Forschungsinstituts um 116 Prozent gestiegen, die lohnabhängigen Einkommen um 1,4 Prozent, d.h. sie haben fast stagniert, eine Gewinnexplosion, die nicht nur die soziale Komponente dieser "sozial"marktwirtschaftlichen Gesellschaft widerlegt hat (vgl. Graphik S. 6a). Die sie entlarvt hat als eine zutiefst ungerechte Gesellschaft, in der eigentlich nur noch Aktienkurse und Kurssteigerungen zählen und diejenigen, die Aktien(fonds)anteile haben. Sie ist aber auch in höchstem Maße volkswirtschaftlich dysfunktional: Denn wenn in diesem Maße Gewinne gemacht werden und Masseneinkommen stagnieren, bedeutet das, daß die Inlandsnachfrage auch stagniert. Das ist eine der großen Schief lagen unserer volkswirtschaftlichen Situation, daß wir die noch vorhandenen Wachstumsraten weitgehend durch Export erzielen.

Zweitens jene Einkommensstagnation, die dieser Gewinnexplosion gegenübersteht.

Drittens, im Zusammenhang mit der genannten Entwicklung, der schrittweise, zunehmende Abbau der sozialstaatlichen Leistungen. *Blüm* ist vor einiger Zeit gegen die Leute aufgetreten, die noch weiter rechts stehen, noch mehr Deregulierung wollen. Er hat darauf hingewiesen, daß sein Ministerium immerhin dafür gesorgt hatte, daß über 30 Milliarden Mark an Sozialleistungen durch seine Maßnahmen "eingespart" wurden. Fürwahr eine großartige Bilanz eines Sozialministers...

Viertens die aus diesem relativen Stagnationsprozeß bei fehlender Arbeitszeitverkürzung notwendigerweise resultierende Massenarbeitslosigkeit, die inzwischen (nur in den Industrieländern) die Größenordnung von 36 Millionen angenommen hat und die zu der zentralen Infragestellung der Marktwirtschaft geführt hat. Massenarbeitslosigkeit in der Größenordnung eines mittleren Industriestaates, das ist ein Ergebnis, das kein Mensch mehr mit der Behauptung Fukuyamas in Übereinstimmung bringen kann, diese *market democracy* sei der End- und Höhepunkt der Geschichte, hier habe man es mit einem höchst entwickelten gesellschaftlichen System zu tun.

Fünftens haben wir eine sozial völlig unabgesicherte Währungsreform als Produkt dieser sistierten allein marktkonform gestalteten Gesellschaft in Europa. Der Euro ist inzwischen überhaupt nicht mehr akzeptiert, weil er einen großen neuen Schub der Massenarbeitslosigkeit erzeugen wird und weil seine Stabilität bezweifelt wird. Wir haben gerade einen großen Protest von 165 Wirtschaftswissenschaftlern, die die Verschiebung des Euro fordern, weil sie glauben, daß die Einführung des Euro ab Januar 1999 zu katastrophalen Folgen führt. Einige haben eine Verfassungsbeschwerde eingereicht.

Nicht zuletzt ist *sechstens* die schleichende ökologische Katastrophe zu nennen. Es ist überhaupt nicht absehbar, daß der Ausstoß des FCKW und der anderen Verursacher der Klimakatastrophe vermindert würde, die Umweltschädigungen jeglicher Art abgenommen hätten, von einigen wenigen Faktoren abgesehen. Wir sind in vielen Fällen hinter die Ergebnisse von San Francisco zurückgefallen, verantwortlich ist die (weitestgehend kapitalistische) Industriegesellschaft, und die USA sind da als Bremser führend.⁶

Diese Selbstzerstörung führt zu einer radikalen Infragestellung unserer Gesellschaft, die nicht von irgendeiner Ideologie herrührt. Denn die herrschende Marktideologie, wie sie in den Massenmedien reproduziert wird, tut ja alles, um das System noch immer schönzufärben.

Als Folge dieser Entwicklung erleben wir einen schrittweisen Legitimationsverlust, und, in Wählerstimmen ausgedrückt, etwa in England und Frankreich, eine Mitte-Links-Wahl. Auch in Italien zeigt die Regierung des Olivenzweigs eher eine Mitte-Links-Tendenz, wie wohl sich in ihr auch konservative Elemente finden; und auch bei *Blair* gibt es nur einen vorsichtigen sozialdemokratischen Neuanfang. Sie sehen übrigens daran, daß solche Vorsicht herrscht, auch bei *Jospin*, von *Clinton* ganz zu schweigen, wie lastend, wie überwältigend stark noch dieses Über-Ich der konservativen Ideologie ist: daß Marktwirtschaft und die maximale Gewinnerzielung im globalen Wettbewerb als oberste Gesetze in den Köpfen der Akteure und der Massen herrschen.

Ich glaube nicht, daß solcher partielle Konservatismus nur aus Rücksicht vor den Wählern weiterbesteht: Nicht nur für die Deutschen gilt das, was *Adorno* von ihnen sagte: daß sie keine Lüge aussprechen können, ohne sie selber zu glauben. Auch für andere Politiker scheint das der Fall zu sein: Man verinnerlicht dieses Gefühl: "Wir sind am Ende der Geschichte, etwas anderes als *market democracy* gibt es nicht.". Das ist aber jetzt immerhin in Frage gestellt.

⁶ S. Hamm, Bernd, Struktur moderner Gesellschaften, Opladen 1996.

Gesellschaftspolitisch führt all das, was ich hier zusammenfasse, immer mehr zu jener oft zitierten Folge einer atomisierten Ellenbogengesellschaft und Zweidrittelgesellschaft, die demokratische Reformpolitik so schwer macht. D.h. dieses alles hat keineswegs nur ökonomische Auswirkungen, sondern hat zutiefst das Selbstverständnis der Menschen geprägt: Der Yuppie ist der zentrale anthropologische Typus. Eine Gesellschaft der atomisierten Individuen, die in hohem Maße das verloren haben, was im neunzehnten Jahrhundert die aufsteigende bürgerliche und auch kapitalistische Gesellschaft Bürgersinn genannt hat. Eine partizipative Haltung, der Wille, mitzugestalten wie auch Solidarität - solcherart gesellschaftliche Grundlagen von sozialer Demokratie scheinen weitgehend vergessen."

Auch das, was sich in Deutschland, und in einigen anderen Ländern sehr verheißungsvoll als Bewegung der "sozialen Selbsthilfe" entwickelt hat. Die Kriminalität, die Jugendkriminalität, die Rechtstendenzen, alles das sind Folgen der (drohenden) Arbeitslosigkeit, der existentiellen Verzweiflung, der Vereinzelung, der Hilflosigkeit, der Orientierungslosigkeit, so daß wir das zunehmende Scheitern dieser *market democracy* bis tief in die Familien, in die Situation der Jugendlichen, in die Geistesverfassung der Menschen hinein verfolgen können.

III.

Nicht linksintellektuelles Glasperlenspiel also, sondern eine reale, tiefgreifende Krisensituation führt zu der Frage: Ist das Denken von gesellschaftlichen Alternativen inzwischen nicht notwendig und realistisch geworden? Die Theoretiker, die ein solches Denken auch in den Jahren der "Sistierung" festzuhalten versucht haben, waren immer ein wenig in der Lage, belächelt zu werden als Leute, die an den Ideen oder Illusionen des Sozialismus oder der "Achtundsechziger" festhalten. Es scheint so zu sein, daß sich auch hier eine Wende vollzieht, daß wieder nach gesellschaftlichen Alternativen gefragt wird. Daß die Sozialwissenschaft, und nicht zuletzt das europäische Denken über Alternativen neu belebt werden würde.

Wenn eine Regierung *Jospin* die tollkühne Entscheidung fällen kann, die 35-Stunden-Woche per Gesetz einzuführen, dann ist das geradezu ein revolutionärer Akt, gemessen an dem Denken in Deutschland, und an dem Denken in Kategorien der "Moderne": (Stichwort: länger arbeiten, nicht kürzer). Hier tut sich etwas, und ich denke, die Wissenschaft sollte da nicht länger zurückstehen. Ich kann hier nur stichwortartig auf die "Memoranden" der "Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik" (AAW) von *Rudolf Hickel* (Bremen) und seinem Team verweisen und das, was witzigerweise gerade auch von dem Institut für Berufs- und Arbeitsmarktforschung als An-Institut der Bundesanstalt für Arbeit in Sachen Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung von Arbeit geleistet wird.

Wichtig ist auch, was es bei den Grünen, aber sogar bis hin zum Ministerpräsidenten von Sachsen an Konzepten der sozialen Mindestsicherung gibt: unabhängig von ihren Beiträgen in die Sozialversicherung Menschen eine finanzielle Grundsicherung zukommen zu lassen.

Es ist also nicht so, als wenn sich nicht an verschiedenen Stellen alternatives Denken rühren würde, meist freilich sehr vorsichtig, sehr halbherzig. Dies wäre - gerade im europäischen Kontext - zu entwickeln: daß es wieder lohnt, in Alternativen, in realutopischen Konzepten zu denken. Wobei realutopisch solche futurologischen Konzepte sind, die einen gesicherten Boden in der Realität haben, die an vorhandenen Ansätzen - etwa: der Mitbestimmung - anknüpfen, die rechenbar sind, nicht bloße Wünsche, die in der Luft hängen und sich über Bezahlbarkeit und Akzeptanz keine Gedanken machen.

Dem Folgenden wollte ich diesen Hinweis auf die Kehre, die sich andeutet und die, meine Damen und Herren, lebenswichtig ist, vorausschicken, weil man nämlich sonst den realgeschichtlichen, realpolitischen Boden nicht wirklich wahrnimmt, auf dem sich dieses Angebot vollzieht: Ich möchte in kurzen Zusammenfassungen über das sprechen, was im realsozialistischen Bereich nach unseren Forschungen im *Hegelschen* Sinne "aufzuheben" wäre. Vieles ist "aufzuheben" im Sinne von *tollere*: Es ist zu streichen. Es gibt zweifellos Strukturen, etwa volkswirtschaftliche, zentralistische Zwangszuweisungen, die in der Tat Fehlkonzepte waren. Vieles gibt es "aufzuheben" im Sinne von *conservare*: Beispielsweise war und ist die Theorie einer volkswirtschaftlichen Planung als solche, etwa im Sinne einer europawirtschaftlichen Datenerfassung und Prognostik⁷, durchaus nicht obsolet, oder, aus einem ganz anderen Bereich: die Polikliniken in der DDR oder viele Einrichtungen der Kinderbetreuung und der Freisetzung der Emanzipation der Frauen waren Elemente, die, wie mir scheint, nicht hätten in den Mülleimer der Geschichte geworfen werden dürfen. Und schließlich ist das "Aufheben" zu verstehen im Sinne von *elevare*: Es ist auf ein höheres Niveau zu heben, beispielsweise Planungstheorie, beispielsweise Horte, beispielsweise Polikliniken, beispielsweise ein wahrhaft soziales Arbeitsrecht, - freizuhalten von den DDR-Formen der Gängelung, der Reglementierung von der Zentrale her. Oder um ein anderes ganz wichtiges Beispiel zu nennen: genossenschaftliche Landwirtschaft, ein außerordentlich erfolgreiches Konzept, - in der DDR selbst in den letzten zehn Jahren mehr und mehr in Frage gestellt durch Überzentrismus und Bildung übergroßer Agrarkombinate.

⁷ Die ökonomischen Computerprogramme existieren in Brüssel seit langem, man wagt nur nicht, sich ihrer wirtschaftspolitisch zu bedienen.

Wenn man von dem spricht, was es aus dem "Realsozialismus" aufzuarbeiten gilt im Sinne einer kritischen Würdigung, muß man sicherlich die Frage stellen: Warum ist das eigentlich nach 1989 nicht ins Werk gesetzt worden, wie es viele aktive, gerade auch antistalinistische Kräfte gewollt haben, warum hat man das nicht kritisch aufgenommen? Wir haben 1991-95 eine ziemlich große vierjährige Studie gemacht, die wir zunächst provozierend, später dann aber affirmativ mit dem Titel: "Kolonialisierung der DDR"⁸ bezeichnet haben. Und wir haben bei unseren Untersuchungen festgestellt, daß es sehr gezielte und erfolgreiche Versuche gab, alles das, was über den Rahmen der *market democracy* hinaus führte, was sich nicht den kapitalistischen Interessen unterordnete, plattzumachen, zu destruieren, als marode zu diffamieren, - und um überhaupt nicht erst die Diskussion zu führen, die am Anfang dieser friedlichen Revolution stand: Wie können wir die DDR und die Errungenschaften der DDR freimachen von den totalitären, von den autoritären, von den zentralistischen Elementen? - Das alles wurde destruiert, und an die Stelle trat der Beitritt der DDR an die Westrepublik mit den Folgen, die Sie alle kennen. Ich kann hier die Details nicht ausbreiten; ich verweise darauf, daß wir in der "Beilage" zum "Parlament" die Ergebnisse zusammengefaßt haben⁹.

Diese Ideologie, das DDR-System sei *tutti quanti* marode gewesen, es lohne nicht, darüber zu reden, gilt es zu durchbrechen. Diese These ist teilweise bewußte Diffamierung wider besseres Wissen, sie ist aber auch teilweise Folge einer geradezu phantastischen Ignoranz in bezug auf das, was in der DDR wirklich passiert ist: Wer im Westen weiß schon etwas über den polytechnischen Unterricht, über das Gesundheitssystem, über das Arbeitsrecht und dergleichen mehr?

Inzwischen gibt es zumindest in der ehemaligen DDR selbst einen Prozeß der Aufarbeitung, der kritischen Würdigung. *Wolfgang Dümcke* und ich haben in diesem Buch versucht, in einem ziemlich großen Schlußkapitel in einer dialogischen Form die wesentlichsten Bereiche in jenem dreifachen Sinne "aufzuheben". Also auch in Frage zu stellen, zweifellos: Wenn man von den berühmten Krippenplätzen spricht, dann kommt sofort das Argument, daß man das gemacht hat, um die Frauen freizustellen für den Arbeitsprozeß; Halbwahrheiten. Und es wird von autoritärer Indoktrination und Gängelung gesprochen. Das alles ist, wie *Bloch* es zu nennen beliebte, "gesprenkelt", es gibt keine reinen Errungenschaften, es gab und gibt überall auch Fragwürdiges.

⁸ Dümcke, Wolfgang/Vilmar, Fritz, Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, 3. Aufl., Münster 1996

Um diese These konkreter zu machen, will ich Ihnen nun die wesentlichen Bereiche nennen, die wir in dem genannten Dialog behandelt haben.¹⁰ Ich werde Ihnen kurz die Bereiche nennen und anschließend auf einige der meines Erachtens wichtigsten Bereiche, die zu einer alternativen Gesellschaftspolitik einen Beitrag leisten, etwas genauer eingehen. Ich nenne einfach die Zwischenüberschriften, daraus geht hervor, worum es geht: (1) das Recht auf einen Krippenplatz, (2) Selbstbestimmung der Frauen im Fall der Schwangerschaft, (3) ein polytechnisch organisiertes Schulsystem, (4) die Bedeutung der Jugendbetreuung: von der FDJ einerseits bis hin zu von den Lehrern mitgetragener Gestaltung von freier Zeit. Es war keineswegs alles nur FDJ-gesteuert. (5) Theater und Kunst in der DDR, (6) Bedeutung der Literatur, (7) Gesundheitswesen, (8) Verkehrssicherheit, (9) Umweltpolitik, (10) Arbeitswelt und (11) Genossenschaftswesen, das waren die wichtigsten Punkte.

Das sind einige Stichworte. Um nicht zu lang zu reden, kann ich Ihnen hier nur einen allgemeinen Überblick geben. Allerdings will ich einleitend auf ein Projekt verweisen, das den einen oder anderen für seine künftige Arbeit interessieren mag: Ich habe gemeinsam mit *Stefan Bollinger*, einem ehemaligen Sozialwissenschaftler der Humboldt-Universität, gerade ein Forschungsprojekt in Gang gebracht, in dem wir aufgerufen haben, Teilbereiche des sozio-kulturellen Lebens in der DDR zu behandeln und aus eigener Kenntnis, aufgrund von wissenschaftlicher oder Berufserfahrung heraus, darzustellen¹¹.

Es ist inzwischen eine beachtliche Reihe von Zusagen und Konzepten eingegangen. Ich will Ihnen einige schon bisher vorgelegte oder zugesagte Arbeiten nennen. - Ich zitiere Ihnen das hier unsystematisch, so wie es im alphabetischen Verzeichnis der Autoren auftaucht, nur um Ihnen einen Eindruck zu geben, daß das nicht bloß zwei, drei Themen sind, sondern daß es eine erstaunlich breite Fülle von Alternativen gäbe, die hier "aufzuheben" wären. - Zum Beispiel (1) die Stadtplanung in der

⁹ Vgl. Vilmar, Fritz/Dümcke, Wolfgang, Kritische Zwischenbilanz der Vereinigungspolitik: eine unerledigte Aufgabe der Politikwissenschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 40*, 1996, S. 35-45.

¹⁰ Vgl. Dümcke/Vilmar, a.a.O (Anm. 8), S. 329-357.

¹¹ Auf den Aufruf hin haben sich immerhin sechzig ExpertInnen aus der DDR gemeldet. Wir haben dann diesem Personenkreis folgende Struktur vorgeschlagen: ungefähr zwanzig Seiten über ganz bestimmte Bereiche zu erarbeiten, sieben bis zehn Seiten Sachdarstellung, möglichst faktenreich, empirisch informierend, die wichtigsten Tatbestände aus amtlichen und nicht-amtlichen Quellen belegt, so weit wie möglich ohne Wertung, so weit wie möglich mit Unterscheidung (a) der normativen Vorgaben/Zielstellungen und (b) der Verwirklichung. Also Sachdarstellung, dann als zweiter Teil, vier bis acht Seiten möglichst rückhaltlose Zusammenfassung der kritischen Einwände, sei es gegen die Zielsetzung, sei es gegen die Realisierung. Am Schluß Anerkennung der Kritik oder antikritische Entgegnung, und schließlich am Ende noch einige Seiten Versuch einer positiven Würdigung. Es geht nicht um Nostalgie: Es geht darum, mit dem Seziersmesser herauszuarbeiten: "Was gab es da?". Zweitens, so weit wie möglich wahrzunehmen, welche Einwände es gab und gibt. Und schließlich zu sagen, was bleibt, was sind die Dinge, die man im Sinne von *conservare* und *elevare* "aufzuheben" hätte.

DDR, (2) die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Universität, (3) gesellschaftliche Gerichte¹², (4) das Arbeitsrecht, (5) die Landwirtschaftsgenossenschaften, (6) die Lehrlingsausbildung, (7) die Sozialpolitik, (8) insbesondere der Arbeitsschutz, (9) Arbeiter- und Amateurtheater, (10) Begabtenförderung, die eine große Rolle gespielt hat, (11) sozialistische Lebensweise (also der Lebensalltag) und ihre Widersprüche, (12) der christlich-marxistische Dialog, (13) die Sozialisation der Menschen in der DDR¹³, (14) Heranbildung gesellschaftlicher Beteiligung in der technischen Intelligenz, (15) Rolle der Hausgemeinschaft^{14, 15}, (16) Architektur, (17) polytechnische Didaktik und Schulorganisation, (18) Museumsgestaltung in der DDR, (19) Gesundheitswesen, (20) das Konzept des NÖSPL, des Neuen Ökonomischen Systems der Planung¹⁶, (21) Betriebspädagogik, (22) das System "Sero": der Versuch, die Menschen zu engagieren, um Sekundärrohstoffe, wie es hieß, zu sammeln, (23) Identifikation und Opposition von Künstlern in der DDR, (24) soziale Rolle der Arbeitswelt, (25) das Strafrecht, insbesondere die Frage der Kriminalitätsvorbeugung. - Ich breche hier ab.

Es geht also in der Tat nicht nur um ein paar Großbereiche. Man muß in viele Detailbereiche vorstoßen, wenn man anfangen will, ernsthaft über das nachzudenken, was in diesem System vielleicht gesellschaftspolitisch zukunftsweisend sein könnte, wenn man es von den ideologischen Schranken befreit.

Aus Zeitgründen kann ich an dieser Stelle nur kurz fünf Schwerpunkte ein wenig stärker beleuchten: (1) Es geht ganz allgemein um das Ernstnehmen dessen, was an Wissenschaft in der DDR geleistet worden ist: Es hat vor kurzem laut Meldung in der Frankfurter Rundschau vom 27. Januar '98 eine Tagung der Berliner Akademie der Wissenschaften gegeben, in der ehemalige DDR- und Westwissenschaftler versucht haben 'die Evaluierung zu evaluieren', also zu klären: Wie ist das eigentlich gelaufen, daß in so gewaltigem, wir sagen: kolonialistischem, Ausmaß Wissenschaft abgewickelt worden ist? Nach verschiedenen statistischen Unterlagen sind nur zwischen zwölf und siebzehn Prozent der Ostdeutschen in ihren Positionen verblieben, d.h. über achtzig Prozent der

¹² In der DDR wurde sehr viel weniger justizförmig, rechtsförmig abgeurteilt, sehr viel mehr im Vorfeld durch sogenannte gesellschaftliche Gerichte im Sinne von Schieds- und Schlichtungsverfahren geregelt.

¹³ Was hat es eigentlich auf sich mit dieser Zielstellung in der DDR, eine allseits gebildete sozialistische Persönlichkeit zu schaffen? War das nur ein Schlagwort, oder hat man sich bemüht, Menschen zu erziehen, die sich etwas von Solidarität, von Mitmenschlichkeit, von Verantwortung in der Gesellschaft zu eigen machen, - und inwieweit geschah diese Erziehung mit oder ohne Holzhammer.

¹⁴ Es gab ja bei den Hausgemeinschaften erhebliche Selbsthilfeaufgaben.

¹⁵ Viele Themen haben also etwas mit solidarischer Existenz zu tun, keineswegs nur mit Makrostrukturen.

Wissenschaftler in Universitäten und wissenschaftlichen Instituten sind herausgeflogen oder mit einem Übergangsvertrag "abgewickelt" worden.

Bei der Berliner Tagung hat man versucht, das auszuwerten, und ist zu folgendem Ergebnis gekommen (laut *Dieter Simon*, Präsident der Akademie und ehemaliger Vorsitzender des Wissenschaftsrates): "Es hat eklatante Fehleinschätzungen gegeben bei der Beurteilung der ostdeutschen Wissenschaft". Insbesondere die Leistungsfähigkeit der universitären Forschung sei völlig unterschätzt worden. Andere haben darauf hingewiesen: "Das Entwicklungspotential einer DDR-spezifischen Verbindung von Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte ist langfristig blockiert." Und die große alte Dame der Organisationssoziologie, *Renate Mayntz*, schätzt die ihrer Ansicht nach "einzigartige quantitative Wissenschaftsforschung der DDR" als unwiederbringlich verloren ein. Ein Teilnehmer hat dann das Fazit gezogen, - sehr vorsichtig ausgedrückt: "Der fächerübergreifende Austausch des DDR-Personals (also die soziale Liquidation der DDR-Forscher und die Einsetzung von Wissenschaftlern aus dem Westen; F.V.) wäre kaum wissenschaftlich, sondern vielmehr rein machtpolitisch begründet gewesen."

Dieses "aufzuheben", d.h. das, was es an Potential in vielen Bereichen noch gibt, zu bewahren, wäre eine Schwerpunkt-Aufgabe. Natürlich hat in den Sozialwissenschaften ein dogmatischer Marxismus-Leninismus der Wissenschaft auch schwerwiegenden Schaden zugefügt. Aber die kritische Integration marxistischer polit-ökonomischer Ansätze in Sozialwissenschaft, in Politikwissenschaft könnte sich im Sinne dessen, was hier gerade über die Zukunftslosigkeit des "Marktradikalismus" gesagt wurde, als eine wichtige analytische Hilfe erweisen. Es ist für jeden, der sich auch nur die Grundlagen marxistischer Kapitalismusanalyse erarbeitet hat, unbegreiflich, mit welchem Maß an Ignoranz beispielsweise über die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit in unserem Land auch von sogenannter wissenschaftlicher Seite geredet wird. Das kann in der Tat nur verstanden werden aus der Erkenntnis heraus, daß hier die makro-ökonomische Analyse der "Anarchie der Warenproduktion", d.h. der mangelnden Gleichgewichtsplanung des Verhältnisses von Gewinnen, Investitionen, Produktion und Kaufkraft, abwesend ist.

(2) Als speziellen Schwerpunkt nenne ich die polytechnische Didaktik und Schulorganisation. Sie ist keine Erfindung der DDR gewesen, meine Damen und Herren. Seit den frühen zwanziger Jahren, bei *Montessori* sogar seit den späten neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, besteht die Einsicht,

¹⁶ Mitte der sechziger Jahre wurde versucht (und wieder abgewürgt), in der DDR eine Mischung von marktwirtschaftlichen Elementen und planwirtschaftlichen zu entwickeln.

daß die Verkopfung unserer Bildung vom Kleinkindalter bis hin zum Abitur, - von der Universität will ich hier gar nicht mal sprechen -, eine fatale Verminderung möglicher Lernprozesse darstellt. Und daß eine Kopplung von kognitivem Lernen und praktischem Lernen im Zusammenhang mit dem, was in der Arbeitswelt passiert, ein ideales pädagogisches Modell darstellt. Polytechnische Didaktik ist in den sechziger Jahren in großen, gesamtdeutschen Tagungen diskutiert worden¹⁷ und wäre nach wie vor als eine Verbesserung unserer engstirnigen intellektualistischen Didaktik anzusehen.

(3) So sehr das manchen auch erstaunen und vielleicht schockieren wird: Es bleibt die Forderung bestehen, angesichts des herrschenden Marktarchismus, den wir alle in den Industrieländern mit 35 Millionen Arbeitslosen bezahlen, - angesichts dieser eklatanten Unfähigkeit zur ökonomischen Steuerung im Sinne eines herzustellenden Gleichgewichts von gesellschaftlich notwendiger Arbeit und Verteilung dieser Arbeit, von Produktion und Konsum, so etwas wie volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, volkswirtschaftliche Rahmenplanung neu zu entwickeln. Das gilt für die verdrängten planungstheoretischen Ansätze im Westen, vor allem in Frankreich und Schweden. Es gilt aber auch für die theoretischen Arbeiten, die in Osteuropa, nicht zuletzt in Polen, in der CSSR, aber auch in der DDR entwickelt worden sind. Man kann sie durchaus von den autoritären, zentralistischen Rahmenbedingungen befreien und immer noch aus diesen Volkswirtschaftstheorien lernen.

(4) Ferner will ich den gesamten Bereich alternativer Unternehmensstrukturen erwähnen: Die Agrargenossenschaften, meine Damen und Herren, erzeugen in Deutschland die höchste Produktivität und das höchste Einkommen. Die Genossenschaften, die sich in Ostdeutschland unter großem Druck, unter großen Schwierigkeiten reorganisiert haben, erzeugen ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als die Einzelbauernhaushalte in Familienbetrieben, - übrigens ist das die einzige ökonomische Struktur, die nicht völlig zerstört werden konnte. Und sie zeigt, daß genossenschaftliche Landwirtschaft sehr wohl eine humane Alternative zu Agrarfabriken oder einer Nebenerwerbslandwirtschaft darstellt, bei der meistens die Selbstaussbeutung der Familien an der Tagesordnung ist. Aber auch in anderen Unternehmensbereichen gibt es alternative Formen, die ausgebaut werden können. *Incredibile dictu*, Frau *Breuel* hat, als sie bemerkte, daß zahlreiche mittlere Unternehmen nicht zu privatisieren waren, - daß noch zehntausend Unternehmen bei der Treuhand auf Halde lagen, plötzlich die alte Idee der Mitarbeiterunternehmen wiederentdeckt. - In

¹⁷ Vgl. z.B. Klein, Helmut, Polytechnische Bildung und Erziehung in der DDR: Entwicklung, Erfahrungen, Probleme, Reinbek bei Hamburg 1962.

den Vereinigten Staaten ist das Konzept des Management-*Buy-out*, und sogar des Belegschaft-*Buy-out* weit verbreitet. - Und es sind von diesen zehntausend Unternehmen der Treuhand jetzt immerhin dreitausend, - kleinere, muß man sagen -, in der Hand eines ostdeutschen Managements und hundertvierzig sogar in der Hand der Belegschaften.

Eine entsprechende Gesellschaftspolitik könnte es ohne weiteres sehr realistisch und ohne einen Schatten irgendeiner linken Ideologie bewerkstelligen, daß Unternehmen, die auf der Kippe stehen, - und es stehen ja zigtausende in Deutschland, in Europa auf der Kippe -, saniert werden, indem man sie durch entsprechende Hilfen und Stützung in die Verantwortung der Belegschaften überführt. Um Ihnen deutlich zu machen, daß dies nicht bloße Ideologien oder Wunschträume sind, darf ich auf das kapitalistischste Land verweisen: Dort gibt es die ESOPs (*employee stock ownership plants*) das ist die Abkürzung für diese Struktur, also Unternehmen, die sich aktienmäßig oder anteilmäßig in der Hand der Belegschaften befinden. Etwa zehntausend Unternehmen, mit einer Arbeitnehmerschaft von elf Millionen (!), die deshalb, weil die Belegschaften bereit waren, diese Unternehmen finanziell zu tragen, vor einer Liquidation gerettet werden konnten. Die Einzelheiten muß ich mir ersparen.¹⁸

Wir haben zu unserem Sammelband nicht ohne Grund den Untertitel gewählt: "Kritische Analyse und Alternative des Einigungsprozesses", d.h. wir haben hier auch versucht, nicht nur den vorhandenen Vereinigungsprozeß als fehlgesteuert darzustellen, sondern realistische Alternativen zu zeigen. Und eine dieser Alternativen wäre, in dieser Situation das ganze Dilemma von Lohndruck, von Sozialstaatsabbau und von meist falsch geleiteter und mit falschen Zahlen operierender Lohnstückkostenrechnung dadurch zu lösen, daß man in viel stärkerem Maße dort, wo es möglich ist, versucht, dem Management selbst, aber vor allem auch den Belegschaften den Besitz der Unternehmen zu übertragen. Sie sehen, daß es durchaus Alternativen gibt, die nicht mit der sozialistischen Keule vorgehen, die das Wort Sozialismus im Munde führen und der traditionellen Programmatik der Sozialisierung folgen, sondern differenzierte Alternativen zum Privatbesitz vorschlagen.

(5) Der letzte Punkt, den ich Ihnen benennen will, sind die Ansätze einer solidarischen Gesellschaft. Auch hier nur Stichworte: Es gab das System der Kinderkrippen und -horte und der Jugendhäuser; man könnte es verbinden mit den westdeutschen Konzepten der selbstorganisierten

¹⁸ Ich verweise auf die gut zusammenfassende Darstellung von Stefan Käppler, Alternative Wirtschaftskonzeptionen zur Strategie einer radikalen Privatisierung, in: Dümcke, Wolfgang/Vilmar, Fritz, Kolonialisierung der DDR, Münster 1995, S. 170ff.

Kindertagesstätten und Jugendzentren. Man könnte hier anstelle des Abbaus eine neue Form einer tragenden Einrichtung entwickeln, die sicherlich eine Alternative wäre zu der gegenwärtigen Verwahrlosung von jungen Menschen, nicht nur in Deutschland. Ich nenne Straßburg, Lyon; es gibt sehr viele andere Beispiele.

Die Mitgestaltung der Bürger bei der Wohnungsverwaltung ist eine alte DDR-Einrichtung, es gab Hausgemeinschaften, die bestimmte Aufgaben hatten. Man hat das höhnisch als Kollektivismus abgetan, man kann es aber genauso gut als eine Alternative verstehen zur immer weiteren Isolierung, Individualisierung und Bürokratie, Abhängigkeit von Menschen, Verteuerung von Mieten, von Wohnnebenkosten und dergleichen. Das war eine Tradition, die, wie mir scheint, etwas zu tun hatte mit nicht-negativen Kollektiv-Strukturen. In den Betrieben war es selbstverständlich in der DDR, daß es Menschen gab, verantwortliche Gewerkschafter oder Beauftragte der Leitung, die sich auch um persönliche oder familiäre Probleme zu kümmern hatten. Und zwar nicht mit der drohenden Fuchtel der Kontrolle, sondern in der Weise, daß man sich tatsächlich gerade auch im Betrieb für die "Werkstätigen" verantwortlich fühlte; nicht nur dafür, daß sie eine maximale Leistung erbrächten.

Ferner: Das gesamte "Sero"-System, das die Bevölkerung und insbesondere die jungen Menschen in der Bevölkerung in bescheidenem Umfang für das Sammeln und Verwerten von "Sekundärrohstoffen" honorierte, aber auch an das gesellschaftliche Bewußtsein appellierte, war höchst erfolgreich. - Es war betriebswirtschaftlich fragwürdig, weil die Beiträge, die die Leute für ihre Abgaben bekamen, zu hoch waren: Aber das könnte man ja korrigieren.

Nicht zuletzt ist die Verpflichtung von Lehrern (zweimal im Monat) zur Gestaltung von freien Nachmittagen, von Ausflügen, von Projekten in der DDR ein Element gewesen eines Sich-mitverantwortlich-Fühlens von Pädagogen für die Situation und die Gestaltung der freien Zeit ihrer Schüler. Das hatte mit marxistischer Ideologie nichts zu tun, wohl aber mit sozialistischer (solidaristischer) Ethik.

Ich will in diesem Zusammenhang darauf verweisen, das auch in empirischen Untersuchungen herausgekommen ist, daß bei den Ostdeutschen noch heute in vieler Hinsicht ein stärkeres Gefühl für soziale Verpflichtung, für soziales Verhalten, für Mitverantwortung, da ist.

Ich breche hier ab; ich hoffe, ich habe Ihnen zeigen können, daß es eine große Bandbreite von Einrichtungen gab, die für die Zukunft einer humanen Gesellschaft in Europa beachtenswert sind.

Ich will als Fazit folgende wissenschaftliche Schlußfolgerungen ziehen: *Erstens* wäre es für Europa von existentieller Bedeutung, aus der Orientierungslosigkeit, die sich sprachlich in diesem Unbegriff "Modernisierung" kristallisiert, auszubrechen und wieder die Notwendigkeit und den Realismus von Alternativen zum Marktradikalismus anzuerkennen. Was für jeden von Ihnen für seine und ihre Studienziele unmittelbare Bedeutung hätte: Beschränkt man sich auf Analyse, oder schaut man genauer hin, was es an Alternativen gibt und wo man anzuknüpfen, "aufzuheben", prospektiv zu arbeiten hätte?

Zweitens: Die Wiederaufnahme des Diskurses über solidaristische Gesellschaftskonzepte bedeutet selbstverständlich Wiederaufarbeitung auch dessen, was mal demokratischer Sozialismus hieß. Man darf daran erinnern, daß die SPD ein Berliner Grundsatzprogramm hat, in dem hervorragende Zukunftskonzepte drinstehen. Die haben nur einen einzigen Fehler, daß die SPD selbst sie total vergessen hat. Die Wissenschaft sollte sie daran erinnern und solche Dinge auch wissenschaftlich bearbeiten. Dasselbe gilt vom Programm der PDS und der Grünen; die PDS hat beispielsweise zur Schaffung eines öffentlich geförderten zweiten Arbeitsmarktes eine exzellente Vorlage im Bundestag erarbeitet, die natürlich kein Mensch ernst zu nehmen bereit ist. Und in diesem Gesamtzusammenhang ist zweifellos eine neue Grundsatzdebatte über das notwendig, was in der Arbeiterbewegung mal Wirtschaftsdemokratie hieß und was überhaupt nicht überholt ist. Viele Einzelelemente hab ich Ihnen genannt, das ganze Konzept kann ich aus Zeitgründen nicht noch einmal in Erinnerung rufen.

Diese Wiederaufnahme des Diskurses über eine solidaristische statt einer Ellenbogengesellschaft, einer krankhaft individualistischen Gesellschaft, ist auch mit einer kritischen Aufarbeitung der soziokulturellen Einrichtungen der DDR zu verbinden. Diese Aufarbeitung ist übrigens auch ein Stück Wiedergutmachung nach einer unglaublichen Erniedrigung und Herabwürdigung dessen, was Zigtausende von Menschen in der DDR unabhängig von staatlichem Druck wirklich in diesen genannten Bereichen geleistet haben.¹⁹

Das Ganze muß man im Blick auf Europa, kann man nicht mehr nur "gesamtdeutsch" sehen. Ich habe am Anfang *Jospin* zitiert, ich will auch am Ende auf ihn bezug nehmen, weil ich ihn wirklich für einen Lichtblick halte, wobei ich natürlich ganz genau, in dieser hauchdünnen Mehrheit, seine Grenzen sehe: Man kann die Probleme, die ich dargestellt habe, und die Alternativen heute nicht mehr nur national

¹⁹ Und warum sie jetzt sagen: "Diese Bonner Demokratie lehnen wir ab," (zu sechzig bis siebzig Prozent) und: "Das ist für uns nicht das, was wir uns unter einer Erneuerung vorgestellt haben." Diese tiefe Enttäuschung ist etwas, an dem wir noch lange zu tragen haben werden.

diskutieren. Gerade Trier und dieses Zentrum für europäische Studien wären eine hervorragende Stätte, um die europäische Debatte über Alternativen zu führen. Und dann sollten wir in dieser europäischen Debatte den Mut haben, davon zu sprechen, daß es auch in Ostdeutschland einiges gab, über das es sich ernsthaft zu forschen und zu diskutieren lohnt. Ich danke Ihnen.